an welcher eine größere Zahl von Vertretern der Behörden und der Industrie, und Aerzten des Industriebezirks teilnahmen. Als Kommissar des Ministeriums wohnte der Geh. Obermedizinalrat Professor Dr. Kirchner der Beratung bei. Die Genickstarre ist Anfang Dezember vorigen Jahres aufgetreten und hat seitdem zwar eine große räumliche Ausdehnung erlangt; die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle ist aber eine verhältnismäßig geringe geblieben. Auch war der Verlauf bis jetzt verhältnismäßig leicht. In der Mehrzahl der Kreise ist bereits ein Rückgang festzustellen. Es ist die Hoffnung berechtigt, daß mit Eintritt der warmen Witterung die Seuche noch weiter zurückgehen wird. Ein Anlaß zur Beunruhigung ist nicht vorhanden.

* **Teilung des preußischen Kultusministeriums.** Zu den Gerüchten über eine Teilung des Kultusministeriums hört die „Voss. Ztg.", daß allerdings Organisationsänderungen erwogen werden, die als Vorläufer einer späteren Teilung des Ministeriums anzusehen sind. Es dürfte ein besonderes Ressort für Kunst und Wissenschaften gebildet werden, dem die Universitäten, die Bibliotheken und die Museen unterstellt werden. Eine derartige Ressorteinteilung ist bereits früher von einem der maßgebenden Beamten des Ministeriums befürwortet worden, und es scheint, als ob diese demnächst zur Durchführung gelangen soll. Bei der Bedeutung dieser Abteilung dürfte sie einem Beamten im Range eines Unterstaatssekretärs unterstellt werden. Für den Fall der späteren Bildung eines selbständigen Unterrichtsministeriums nimmt man an, daß diesem auch der Kultus zugeteilt wird.

17. Wahlkreis Glauchau-Meerane-Hohenstein-Ernstthal. Man schreibt uns aus dem Wahlkreise: Einen Wahlkampf, wie er diesmal geführt wurde, hat unser Kreis seit Bestehen des Reichstages noch nicht gehabt. Beide Parteien kämpfen mit allem Nachdruck. Daß natürlich den Sozialdemokraten bange um das Mandat ist, ist nicht zu bezweifeln. Für Donnerstag abend waren noch 13 sozialdemokratische Versammlungen anberaumt, aber keine dürfte einen solchen wüsten Verlauf genommen haben, wie die auf der „Zeche" abgehaltene, in der Reichstagsabgeordneter Singer sprach. Nachdem er geendet, begehrte von den vielen mit anwesenden nationalen Wählern Herr Müller aus Dresden das Wort. Aber kurzerhand wurde es ihm nicht erteilt. Als nun Herr Müller dagegen protestierte, vollführten die anwesenden „Genossen" einen solchen Lärm, daß die Versammlung beinahe aufgelöst worden wäre. Hierauf ergriff der Wirt, der sozialdemokratische Stadtverordnete Herr Anke, und verwies Herrn Müller den Saal. In anständiger Weise ging er und mit ihm noch eine große Zahl Anhänger. Was nun auf der Straße geschah, spottet jeder Beschreibung. Trotzdem er im Schutz mehrerer Schutzleute war, wurde mit Steinen nach ihm geworfen und geschlagen. Auch wurde einem anderen Herren der Ueberzieher zerrissen. Eine Anzahl hiesiger Lehrer wurden mit den gemeinsten Reden empfangen. Erst nachdem die Herren nahe an die Stadt kamen, verließ die schreiende Rotte die Herren. Auch einige Herren der Begleitung erhielten Stöße und Püffe.

* **Zur liberalen Einigung.** Am 27. und 28. April findet in Kassel ein Parteitag der freisinnigen Volkspartei und des Wahlvereins der Liberalen für den Regierungsbezirk Kassel und das Fürstentum Waldeck-Pyrmont statt. Am Vorabend wird in einer großen Volksversammlung der bekannte Staatsrechtslehrer Universitätsprofessor Dr. Schücking-Marburg einen Vortrag halten über „Liberalismus im neuen Reichstag".

* **Wieder ein gemaßregeltes liberales Blatt!** Der „Düsseldorfer Zeitung" wurde nach ihrer eigenen Angabe durch das Landratsamt der Titel „Amtlicher Anzeiger für den Landkreis Düsseldorf" entzogen. Als Grund wurde die Haltung des liberalen Blattes den Behörden gegenüber angegeben, wobei insbesondere eine Notiz über den bekannten Bremerlaß des Kultusministers in Sachen der Lehrergehälter in Betracht kam. — Das ist der den Liberalen freundlichere Kurs in Preußen unter Bülows Verantwortlichkeit!

* **Der Deutsche Nationalbund** hält heute Sonnabend abend ½9 Uhr im Kolonnadensaal des Panoramarestaurants seine zweite Versammlung ab, zu der nationale Frauen und Männer eingeladen sind und in der Herr Max Schubert vortragen wird über: „Antwort auf die Argumente der Diskussionsredner der letzten Versammlung". Dazu wird uns geschrieben: „Ein Redner, der mit Entschiedenheit den liberalen Standpunkt vertrat, hatte anerkannt, daß der Nationalbund sehr segensreich wirken könne, falls es sich nicht um eine verschleierte reaktionäre Schöpfung handle. Hierauf gibt schon das von uns veröffentlichte Programm des Bundes Antwort, nach dem er lediglich für die Grenzpunkte nationaler Politik eintritt. Der nationale Block, der jetzt schon im Reichstage existiert, soll durch richtige Vorbereitung künftiger Reichstagswahlen nicht nur erhalten, sondern noch gestärkt werden. Da dieser Block, der sich unter dem Zeichen der hohen nationalen Gesichtspunkte zusammengefunden hat, sich aus verschiedenen Parteien zusammensetzt, so treibt der Nationalbund keine Parteipolitik, sondern es ist sein ganzes Streben dahin gerichtet, bei kommenden Wahlen solchen Abgeordneten zum Siege zu verhelfen, die für starke Armee, große Flotte und Weltpolitik eintreten. Da die Erreichung dieses Zieles politische Schulung Hauptaufgabe des Bundes ist, so wird er allen politischen Fragen Raum in seinen Diskussionen gewähren, aber deren Besprechung immer unter dem Gesichtswinkel leiten, daß die Gegensätze zwischen liberaler und konservativer Weltanschauung nie so schroff hervortreten dürften, um die gemeinsame Wahltätigkeit zu hindern, die einem entschiedenen Vertreter deutscher Wehrkraft und deutscher Weltpolitik zum Siege führen soll. Nach diesem Programm wird die Stellungnahme der einzelnen Ortsgruppen davon abhängen, welches politische Lager sich dem Nationalbund zahlreicher anschließt, weshalb wir besonders liberalen Männern den Besuch der heute Sonnabend im Panoramarestaurant stattfindenden Versammlung bestens empfehlen."

h. **Englische Arbeitswillige für Sachsen? Aus Hamburg** wird uns geschrieben: Bekanntlich hat die Leitung der großen Werkstätten für das Arsenal in Woolwich ca. 4000 Arbeiter wegen Mangel an Beschäftigung entlassen. In englischen Zeitungen erschienen nun dieser Tage Inserate, wonach 250 Mechaniker für Nähmaschinen, Schreibmaschinen und feine Instrumente nach Dresden gesucht würden. Auskunft würde in Woolwich erteilt. — Der Parlamentsabgeordnete Barnes, der Sekretär des Gewerkvereins der Maschinenbauer, hat den Mitgliedern des Vereins davon abgeraten, auf das deutsche Anerbieten einzugehen, weil im Maschinenbaugewerbe in Dresden eine Aussperrung oder ein Streik bevorstehe. Dagegen erklärte der deutsche Agent in Woolwich, an welchen sich die arbeitsuchenden englischen Maschinenbauer wandten, daß die Maschinenbauer in Dresden kürzere Arbeitsstunden und höhere Löhne verlangten, und daß die Unternehmer sich entschlossen hätten, nach dem Vorgehen der Reeder, die Leute auszusperren und englische Arbeiter anzunehmen. Die Höhe der in Aussicht gestellten Löhne wurde nicht angegeben, doch sollten die englischen Arbeiter mit Kost und Logis engagiert werden. Bereits am Sonnabend sollen die ersten englischen Arbeiter nach Dresden abgeschickt werden. Das Reisegeld wird den Engländern vorgestreckt, doch müssen sie es zurückzahlen. Alle Arbeiter müssen sich verpflichten eine gewisse Frist, etwa einen Monat, in Arbeit zu bleiben. Die Leitung der Trade Union (der englischen Gewerks-Vereinigung) berät gegenwärtig darüber, auf welche Weise die Anwerbung der englischen Streikbrecher durch deutsche Industrielle verhindert werden kann. — Zu irgendwelchem gesetzlichen Vorgehen gegen den Import englischer Arbeitswilliger nach Deutschland fehlt es jedoch bisher jeder Handhabe. Zu wünschen wäre es, daß es zu einer Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kommt und die Zufuhr der fremden Arbeiter, unter der die deutschen Arbeiter zu leiden hätten, vermieden wird.

-o- **Kriminalgendarmen in der „Sächsischen Arbeiterzeitung".** Gestern vormittag erschienen Beamte der Kriminalbehörde in der mit der Arbeiterzeitung verbundenen Volksbuchhandlung, um nach der in Leipzig bereits beschlagnahmten Broschüre über den Militarismus von Karl Liebknecht Haussuchung zu halten. Der vorhandene Vorrat war aber bereits ausverkauft, so daß die Beamten unverrichteter Dinge wieder von dannen gehen mußten.

* **Die Meuselwitzer Bergwerke und die Maifeier.** Die gestern in Leipzig versammelt gewesenen Vertreter der Bergwerke des Halleschen, Zeitzer, Weißenfelser und Meuselwitzer Reviers, sowie der sächsischen Reviere beschlossen, eine an sie herantretende Forderung um Freigabe des 1. Mai bestimmt abzulehnen und gegen die feiernden Arbeiter vorzugehen.

* **Preußischer Landtag.** Das Abgeordnetenhaus setzte die dritte Beratung des Etats fort und genehmigte nach unerheblichen Debatten die Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, der Handels- und Gewerbeverwaltung und der Justizverwaltung. Bei der allgemeinen Besprechung des Kultusetats wendete sich der Abg. Volz (natl.) gegen die Franziskaner-Niederlassungen in Oberschlesien, die nur dem Zwecke der Polonisierung dienten. Abgeordneter Porsch (Zentr.) und Abg. Jazdzewski (Pole) widersprachen dem, wobei ersterer betonte, daß die Niederlassungen in der polnischen Presse gerade als Kampfmittel der Deutschen gegen die Polen bezeichnet würden. Kultusminister Dr. Studt erklärte, die Genehmigung der Niederlassungen sei lediglich mit Rücksicht auf die religiösen Bedürfnisse der Bevölkerung erfolgt. Es sei bedauerlich, daß durch solche Angriffe der Deutschen gegen die Franziskaner, die von den Polen als Vertreter des Deutschtums angesehen würden, der notwendige Zusammenhalt unter den Deutschen in Oberschlesien erschüttert werde. Abg. Jazdzewski (Pole) protestierte dagegen, daß man die Polen als Hochverräter bezeichnet habe; diese wollten nur die Erhaltung ihrer verfassungsmäßigen Rechte. Der Behauptung des Redners, daß es Grundsatz der katholischen Kirche sei, den Religionsunterricht in der Muttersprache zu erteilen, widersprach der Regierungsvertreter mit dem Hinweis darauf, daß den Bretonen und den Flamländern dieser Unterricht in französischer, den Irländern in englischer Sprache erteilt werde. Friedberg (natl.) wies auf die Unterdrückung der Ruthenen durch die Polen hin und griff den Minister heftig an, der anscheinend die Auffassung nicht los werden könne, daß man mit dem Zentrum regieren müsse. Der Minister erwiderte, daß er auf derartige Insinuationen nicht mehr antworten werde. Der Abg. Friedberg nannte diese Bemerkung „unerhört" und „skandal", weshalb er zur Ordnung gerufen wurde. Nach weiterer längerer Debatte, in der unter anderem der Bremerlaß und der Lehrermangel besprochen wurden, wurde die allgemeine Besprechung geschlossen. Der Antrag Heinecke betr. Verbesserung des Volksschulunterrichts wurde nach eingehender Erörterung, in der auch die Frage der fachmännischen Schulaufsicht berührt wurde, der Unterrichtskommission überwiesen. Kultusminister Dr. Studt erklärte, daß diese Frage von der Regierung ernstlich geprüft werde. Nach 5 Uhr wurde die Weiterberatung auf morgen 10 Uhr vertagt.

* **Kleine Nachrichten.** Der Kronprinz und die Kronprinzessin werden heute auf einige Tage sich zum Besuch nach Schwerin begeben. — Wie der „Vorwärts" meldet, ist der Schriftsteller Robert Schweichel im Alter von 90 Jahren gestorben.

Deutsche Kolonien.

hs. **Nach dem fernen Osten.** Am gestrigen Tage ist, wie uns ein Telegramm unseres hs.-Korrespondenten aus Wilhelmshaven meldet, von dort der Hamburger Dampfer „Borussia" mittags nach Ostasien abgegangen. Er hat an Bord 55 Offiziere und Beamte, 41 Deckoffiziere, 289 Unteroffiziere und 649 Matrosen und Heizer, die zur Ablösung für das ostasiatische Kreuzergeschwader bestimmt sind. Außerdem befindet sich an Bord viel Proviant, Ausrüstungsgegenstände, Munition, Eisenbahnbau- und Werkstättenmaterial. Transportführer ist Kapitänleutnant Fischer. Durch den stellvertretenden Stationschef Kontreadmiral Fischer fand eine feierliche Verabschiedung statt. Eine tausendköpfige Menschenmenge brachte begeisterte Hochrufe aus. Das Wetter war stürmisch.

Ausland.

Frankreich.

* **Gegen Antimilitaristen und Sozialisten.** In Paris wurden sieben Personen festgenommen, die ein in den letzten Tagen durch Anschlag verbreitetes Plakat militärfeindlichen Inhalts unterzeichnet hatten. — Infolge der Ausschreitungen von ausständigen Schuhmachern und Malern hat der Präfekt von Nancy den Bürgermeister ermächtigt, die im Gemeindeamte eingerichtete Arbeitsbörse zu schließen. Unter den Ausständigen herrscht Erregung. Der Landgraf wird endlich hart.

* **Zollabkommen mit Belgien.** Ein besonderes Zollabkommen zwischen Belgien und Frankreich zur Herbeiführung ermäßigter Tarifsätze und damit zur Hebung des Verkehrs ist seit längerer Zeit ein lebhafter Wunsch belgischer und französischer Handelskreise, ohne daß die Bemühungen bisher von Erfolg begleitet waren. Im Gegenteil hat sich schon früher der französische Verkehrsminister wegen des für die erste Zeit zu befürchtenden Einnahmeausfalls gegen die beantragten Portoermäßigungen ausgesprochen. Auch der belgische Verkehrsminister hat eine dahingehende Anregung der Brüsseler Handelskammer für unzweckmäßig und nach den Bestimmungen des Weltpostvereinsvertrages für undurchführbar erklärt. Da aber dieser Vertrag den Vereinsländern das Recht auf Vereinbarung von Sonderabkommen untereinander ausdrücklich gewährleistet, kann der ablehnende Standpunkt des belgischen Ministers nur auf finanzielle oder politische Bedenken zurückgeführt werden. Bekanntlich bestehen derartige Sonderabkommen u. a. zwischen Deutschland einerseits und Oesterreich-Ungarn sowie Luxemburg andererseits, und es ist seit längerer Zeit der Wunsch der deutschen Handels- und Industriewelt, auch mit den übrigen Nachbarländern zur Herbeiführung von Portoermäßigungen mit Verkehrserleichterungen Sonderverträge abzuschließen.

Italien.

P. **Die Czernagorzen.** Ueber die inzwischen dementierte sensationelle Geschichte schreibt unser römischer Korrespondent: Seit Monaten ist die Fürstin Milena von Montenegro, die Mutter der Königin von Italien, schwer nierenkrank. Vor Wochen kam sie, begleitet von den Geschwistern der Königin, nach Rom, um hier einer langfältigen medizinischen und womöglich operativen Behandlung unterworfen zu werden. Nach einer Weile hiesigen Aufenthalts vernahm man von ihrer Besserung, und es hieß, Nikolaus von Montenegro komme selbst, um seine Gattin zurückzuholen. Da, unversehens die Meldung, die montenegrinische Familie sei abgereist. So plötzlich war die Abreise, daß die fürstliche Familie ein paar Tage in Bari auf dem Schiffe ruhiges Ueberfahrtswetter abwarten mußte! Zudem vermißte man alsdann die Königin bei öffentlichen Veranstaltungen, bei denen sie sonst nie fehlte und bei denen sie sogar ihr Erscheinen vorher angesagt hatte. Am Tage des Stapellaufs der „Roma" in Spezia und der programmmäßig von der Königin selbst zu vollziehenden, aber angeblich krankheitshalber nicht vollzogenen Uebergabe einer Kriegsstandarte an das Schiff „Regina Elena" erschien in der meist offiziösen, jedenfalls höchst regierungsfreundlichen und sehr vorsichtigen „Tribuna" ein Leitartikel, in dem die Abwesenheit der Königin erklärt wurde mit Familienärgernis von politischem Beigeschmack. Der Prinz Danilo von Montenegro, so hieß es hier, habe — am Tage vor der Abreise der noch kranken Fürstin samt den Geschwistern der Königin — mit dem Könige von Italien eine Unterredung gehabt, in der er dem Könige Ratschläge und Wünsche entwickelte, wie die Reise des Königs nach Athen nicht eine allzu große Annäherung zwischen Italien und Griechenland zur Folge haben dürfe. Der König, der sich von seinem Schwager, sei es überhaupt nicht, sei es nicht montenegrinisch, inspirieren lassen mochte, fragte ihn aber brüsk, wann er beschlossen habe, Rom zu verlassen. Die „Agenzia Stefani" hat die ganze Erzählung als vollständig unbegründet bezeichnet. Prinz Danilo scheint aber eine politische Unzufriedenheit mitgenommen zu haben, und in Montenegro wie in Bulgarien — so ist einer im „Mattino" erschienenen Meldung aus Sofia zu entnehmen — ist die Presse schwer erregt und argwöhnisch ob des Nachteils, der aus der Annäherung und Verbindung zwischen Italien und Griechenland ihnen erwachsen könnte.

Spanien.

* **Epilog zum Cartagenatage.** Die „Frkf. Ztg." gibt von der Zusammenkunft in Cartagena eine sehr harmlose Darstellung. Die Königin Ena beabsichtige, nach ihrer Entbindung in die Heimat zu reisen, und der König wolle sie begleiten. Das wäre nicht gegangen, wenn König Eduard nicht zuvor einen Gegenbesuch in Spanien gemacht hätte, und durch Vermittelung der Schwiegermutter des Königs Alfons, der Schwester Eduards VII., sei dann der Gegenbesuch in Cartagena zustande gekommen. Von politischen Abmachungen könne keine Rede sein, beide Könige seien über allgemeine politische Unterhaltungen nicht hinausgegangen, und von Marokko sei kein Wort gesprochen worden. Auch was von der Rekonstruierung der spanischen Flotte mit Hilfe Englands gesagt worden, sei durchaus unrichtig. Ebenso sei alles, was von der Erbauung spanischer Schiffe auf englischen Werften gemeldet wurde, unzutreffend. — Zu dieser Frage der spanischen Schiffsbauten bringt auch die in London erscheinende und oft gut unterrichtete „Finanz-Chronik" einige Mitteilungen, die gleichfalls die bisher verbreiteten Meldungen dementieren. Die „Finanz-Chronik" erklärt, daß die in Madrid zwischen dem spanischen Marineministerium und Vertretern englischer Schiffsbauwerkstätten, wie Beardmore & Co., gepflogenen Verhandlungen zu keinerlei Abschluß geführt hätten. Am Schlusse seiner Ausführungen sagt das zitierte Finanzblatt: „Es ist sehr wahrscheinlich, wie die Dinge einmal liegen, daß, wenn Spanien eine neue Flotte baut, die englische Industrie dabei nicht übergangen wird. Das liegt eben an ihrer übermächtigen Entwickelung und Fähigkeit. Man braucht aber nicht unbedingt dahinter immer tiefe politische Motive zu suchen. Es wird mit der spanischen neuen Flotte vermutlich sich ebenso verhalten wie mit der neuen immer noch im Embryo befindlichen russischen. Wer die stärksten finanziellen Stützen bringt und daneben die sichersten und zuverlässigsten technischen Hilfsmittel zur Verfügung hat, wird den Preis davontragen."

England.

* **Unterhaus.** Lonsdale (Kons.) fragt, welches der gegenwärtige Stand der Unterhandlungen zwischen England und Rußland über die beiderseitigen Einflußsphären in Persien sei. Staatssekretär des Aeußern Sir Edward Grey erwidert, er könne gegenwärtig keine Mitteilung über die Natur irgend welcher Unterhandlungen über Persien machen. Bowles (Kons.) fragt darauf den Staatssekretär, ob er eine amtliche Nachricht habe, aus der hervorgehe, daß zwischen der Deutschen Orientbank und der Nationalbank von Persien durch die Tätigkeit des deutschen Gesandten in Teheran ein enges Betriebsabkommen zustande gekommen sei. Staatssekretär Sir Edward Grey erwidert, dem britischen Gesandten in Teheran seien Nachrichten über deutsche Beihilfe bei der Errichtung der Nationalbank zugegangen, sie seien jedoch bisher nicht bestätigt worden. Byles (liberal) ersucht den Staatssekretär angesichts der Verwirrung, die durch die sich widersprechenden Meldungen angerichtet sei, anzugeben, welches die anfängliche Haltung der britischen Regierung im Haag zu der vorgeschlagenen Begrenzung der Rüstungen sein werde. Der Staatssekretär erwidert, die den britischen Bevollmächtigten zu erteilenden Anweisungen würden gegenwärtig erwogen; er könne jetzt keine Erklärung abgeben, und angesichts des Umstandes, daß die Wünsche und Absichten der anderen Regierungen in Erwägung gezogen werden müssen, bestehe die Möglichkeit, daß jede weitere Mitteilung der Vorschläge einer Regierung Anlaß zu der Verwirrung geben würde, welche Byles beklage. Im Laufe der sodann wieder aufgenommenen Diskussion über das Marinebudget erklärt der Zivillord der Admiralität, Lambert, daß auf britischem Gebiete 31 private und staatliche Docks vorhanden seien, die fähig seien, ein Schiff von dem Typ der „Dreadnought" aufzunehmen. In der Frage, ob Rosyth als Flottenbasis geeignet sei, würden gegenwärtig von Sachverständigen Versuche an Ort und Stelle angestellt, deren Ergebnis die Admiralität sorgsam in Erwägung ziehen werde. Das Regierungsdock in Haulbowline (Grafschaft Cork in Irland) solle bis zu einer Länge von 600 Fuß erweitert werden, so daß es jedes der augenblicklich vorhandenen oder geplanten Kriegsschiffe aufnehmen könne. Im weiteren Verlaufe führt Lee (Kons.) aus, daß die Nordseeflotte zurzeit keine leistungsfähige Basis habe, und daß die Verzögerung in der Anlegung der Basis in Rosyth etwas Unglaubliches sei und große Gefahren enthalte. Im weiteren Verlaufe der Debatte betont Balfour die strategische Bedeutung der neuen Basis an der Ostküste und legt der Regierung sehr ans Herz, nicht von der Politik des vorigen Ministeriums abzugehen. Der Parlamentssekretär der Admiralität Robertson führt aus, die Regierung sei überzeugt, daß eine Flottenstation moderner Art an der Ostküste notwendig sei, und seiner Ansicht nach wiesen alle Anzeichen noch immer auf Rosyth als den am besten gelegenen Ort hin. Die Admiralität sei mit der Vorbereitung der Pläne beschäftigt, die sich sehr stark an die der vorigen Regierung anlehnten; man werde mit der Arbeit beginnen, sobald die Pläne genehmigt seien, gleichwohl werde die Ausführung langwierig sein.

Schweden.

* **Bahnprojekt.** Dem Reichstag ist eine Regierungsvorlage über den Bau einer Teilstrecke der Inlandsbahn, eines großartigen Bahnprojektes, zugegangen. Mit der Inlandsbahn will der schwedische Staat einen neuen Verkehrsweg zwischen Lappland und dem Kattegat schaffen, der in der südlichen Hälfte in der Nähe der norwegischen Grenze entlang gehen und bei Uddevalla, nördlich von Gotenburg, enden soll. In Lappland wird Gellivare der Endpunkt. Zuerst soll der obere Teil in Angriff genommen werden, und die im Reichstag erschienene Vorlage bezieht sich auf die 118 km lange Strecke von Oestersund bis Ulriksfors am Binnensee Stromsvattudal, wofür gegen 11 Millionen Kronen gefordert werden. Oestersund ist eine Station an der quer durch Schweden von Sundsvall nach Drontheim gehenden Bahn. Die ganze Inlandsbahn, deren Richtung bereits in großen Zügen feststeht, wird 1500 km lang und etwa 150 Millionen Kronen kosten. Sie erschließt wald- und mineralienreiche Gebiete und fruchtbaren Boden im westlichen Schweden. Wesentlich gefördert wurde der Plan durch die Sprengung der Union, indem die Bahn auch große strategische Bedeutung hat.

Rußland.

* **Reichsratspräsident Akimow.** Nach langen und überaus schwierigen Verhandlungen mit verschiedenen in Betracht kommenden russischen Staatsmännern ist es nun der russischen Regierung gelungen, den bedeutungsvollen Posten des Reichsratspräsidenten an Stelle des vor etwa zwei Wochen verstorbenen Geheimrats Frisch einer Persönlichkeit zu übertragen, auf die die russische Zentralregierung, aber auch nur sie allein, große Hoffnung setzen kann, nämlich dem Senator Michail Grigorjewitsch Akimow, der im Jahre 1848 geboren ist und einer alten Adelsfamilie des Saratower Gouvernements entstammt. Nachdem Akimow in verschiedenen Städten als Staatsanwalt fungiert hatte, wurde er 1883 zum Präsidenten des Odessaer Bezirksgerichts ernannt. 1894 wurde er Oberpräsident der Odessaer Gerichtskammer. Nach mehrjähriger Tätigkeit in diesem Amt nach Petersburg berufen, um an den Arbeiten des Kassationsdepartements teilzunehmen, wurde er gleich nach den russischen Weihnachten im Jahre 1905, als die Wogen der revolutionären Bewegung in Rußland eine beträchtliche Höhe erreichten und zum Dezember-Aufstand, zu den Moskauer Barrikaden usw. geführt hatten, dank der Fürsprache seines Schwagers Durnowo, der damals Minister des Innern war, zum Justizminister ernannt. Der neue russische Reichsratspräsident gilt als eine äußerst reaktionäre Persönlichkeit und wurde bereits von dem ermordeten Minister v. Plehwe verschiedentlich mit der Untersuchung besonders wichtiger politischer Angelegenheiten betraut.

* **Die Rigaer Folterkammer.** Die Reichsdumasitzung vom Dienstag, den 23. d. M. dürfte sich von allen bisherigen Reichsdumasitzungen insofern unterscheiden, als an diesem Tage ein Vertreter der russischen Regierung, der Gehilfe des Ministers des Innern Makarow, zum erstenmal öffentlich solche Ueberschreitungen der Administrativpersonen zugeben mußte, von denen man zwar schon seit längerer Zeit wußte, die aber offiziös und auch von gutgläubigen Blättern geleugnet wurden. Allerdings hatte Makarow auch keinen anderen Ausweg, denn das Informationsbureau des Ministers Stolypin versandte bereits am 8. März d. J., als der Reichsduma noch ihrer Eröffnung ein günstiges Prognostikon gestellt wurde, an die Presse einen längeren Bericht über das Ergebnis der vom Direktor des Polizeidepartements Trussewitsch eingeleiteten Untersuchung. Dasselbe bezeichnet zwar die Behauptungen einiger ausländischer Blätter als „übertrieben" und stellt die zwei Schränke mit den Folterinstrumenten als eine „Sammlung" dar, die nun „beseitigt ist, um die Gemüter nicht weiter aufzuregen", bestätigt aber gleichzeitig, daß man die Häftlinge „überaus hart mißhandelt" hat, was nach § 1086 usw. des russischen Strafgesetzbuches geahndet wird. Soweit also diese offizielle Kundgebung. Und da Stolypin eine Bestrafung der Schuldigen verspricht, so wird die Gerichtsverhandlung noch manche haarsträubenden Einzelheiten an das Tageslicht fördern. Denn in Riga sind im Februar v. J., also zu der Zeit, als dort das Kriegsgericht ununterbrochen tagte, Folterkammern entstanden, um die gewünschten Angaben von den Gefangenen durch bestialische Folterungen zu erzwingen, wobei man sich der verschiedensten Mittel bediente. Im Untersuchungsgefängnis z. B. wurden die der Tortur verfallenen Gefangenen mit Nagaiken, sogenannten „pipka" (Gummischläuchen) und mit Draht durchflochtenen Tauenden bis zur Bewußtlosigkeit bearbeitet und alsdann durch kaltes Wasser wieder ins Bewußtsein zurückgebracht. Half das nicht, so ging man einen Schritt weiter, riß den Unglücklichen die Haare aus, bestreute die Wunden mit Salz und ätzenden Stoffen usw. Erfolgte hierauf noch kein Geständnis, dann wiederholte man die Prozedur solange, bis das gewünschte Resultat erzielt war. Für Frauen, besonders für jüngere, kamen außer solchen physischen Torturen noch moralische zur Anwendung. Der Untersuchungsbeamte ermahnte nämlich die Unglücklichen durch die folgenden liebenswürdigen Worte zum Geständnis: „Wirst du nicht gestehen, dann wisse, daß Kosaken hier sind; wir werden dich den Kosaken preisgeben, alsdann wird deine Zunge schon lose werden!" Das Schicksal der Spiridonowa aber ist genügend bekannt, und man kann sich vorstellen, welche Qualen die betreffenden weiblichen Personen während der ihnen von den Henkern gewährten Bedenkzeit ausgestanden haben. Ferner geht aus weiteren Gerichtsverhandlungen hervor, daß in jenem Prozeß eine mehr oder minder große Anzahl Unglücklicher nur dadurch auf die Anklagebank gekommen ist, weil Gefangene, die die Torturen nicht aushalten konnten, bezüglich der ihnen und anderen Personen zur Last gelegten Schuldfrage alle von der Behörde gewünschten Angaben gemacht haben. So bei dem im Sommer v. J. abgehaltenen Prozeß, wonach von acht hingerichteten Personen sechs Unglückliche lediglich als Opfer dieses eigenartigen Untersuchungsverfahrens fielen. Aehnlich verhielt sich die Sache auch in dem bekannten „Prozeß gegen die 36." Nun muß die russische Behörde die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen. …

Türkei.

* **Die Transbalkan-Eisenbahn.** Die kleinen Balkanstaaten bemühen sich, Häfen an der Adria und am Aegäischen Meer ausfindig zu machen, um ihren überseeischen Außenhandel unabhängig abwickeln zu können: Serbien will Skutari erreichen, Rumänien und Bulgarien Saloniki, um ihren Handel nach Westen und nach Süden dirigieren zu können. Die Frage der Transbalkan-Eisenbahn ist kürzlich in Form einer Interpellation auch im ungarischen Parlament aufs Tapet gebracht worden; die Antwort der ungarischen Regierung aber lautete, daß sie sich in diese Frage nicht hineinmischen könne, insofern es sich dabei um eine interne serbische Angelegenheit handle. Der Plan der Errichtung einer Transbalkan-Eisenbahn stammt von Serbien. Die Eisenbahnlinie sollte eigentlich an der serbisch-rumänischen Grenze mit Ueberbrückung der Donau bei Turn-Severin beginnen, dann erst die rumänische Grenze entlang, durch das Timok-Tal die bulgarische Grenze entlang laufen und bei Nisch die Hauptlinien Belgrad—Nisch—Sofia—Konstantinopel und Belgrad—Nisch—Uesküb—Saloniki kreuzen. Von Nisch wird die Linie in der Richtung von Prischtina die türkische Grenze überschreiten, dann das Amselfeld (Alt-Serbien) durchschneiden, über Prizrend und das Drin-Tal nach Skutari führen. Die Länge der Linie würde über 500 Kilometer betragen. Diese Eisenbahnfrage ist mit Munir Pascha, dem türkischen Gesandten in Paris, gelegentlich seines jüngsten Aufenthaltes in Belgrad besprochen worden, und man behauptet, daß Serbien bereits bei dieser Gelegenheit das Versprechen erhalten habe, daß es für sein loyales Verhalten der Türkei gegenüber die Konzession für den Bau der Transbalkan-Eisenbahn über türkisches Gebiet bekommen würde. Die Finanzierung des neuen, sehr kostspieligen Eisenbahnbaues wird aber viele Schwierigkeiten darbieten. Serbien will diesen mittels englischen Kapitals durchführen. Für Oesterreich-Ungarn wäre es natürlich nützlicher, wenn diese neue Transbalkan-Eisenbahn bei Siniac die Hauptlinie Belgrad—Nisch—Konstantinopel kreuzen würde, und dann durch das Moravatal über Krusevac und Uzice nach Bosnien geführt werden würde, und weiter durch die Herzegowina über Trebinje nach Dalmatien in den Hafen von Cattaro oder Ragusa. Serbien ist aber nicht geneigt, diesen Plan anzunehmen, da es dadurch sein Ziel nicht erreichen würde, nämlich die Herbeiführung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Oesterreich-Ungarn. Das andere Eisenbahnprojekt ist im Interesse Bulgariens und Rumäniens gelegen, die in Saloniki mit dem Meer Verbindung suchen. Bulgarien baut schon jetzt eine Eisenbahn zwischen Widdin und Sofia, und von Sofia wird die Bahn bereits nach Kustendil weiter gebaut. Von Kustendil ist Uesküb nicht mehr weit entfernt, und wenn Bulgarien von der Türkei die Konzession für diese Strecke bekommt, so wird Sofia und Bulgarien mit Saloniki verbunden sein. Rumänien hätte mithin nur die Donau zu überbrücken und eine Anschlußbahn an das bulgarische Eisenbahnnetz zu bauen, um ebenfalls Saloniki erreichen zu können.

Persien.

* **Eine englische Stimme.** Der Finanzberichterstatter des „Daily Telegraph" findet es natürlich, daß die Deutsche Orientbank versucht, sich der englischen Imperial Bank of Persia gegenüber mit der neugegründeten Persischen Nationalbank zu verbünden, die unter deutschen Auspizien gegründet worden sei. Was verlangt werden müsse, sei nur, daß die britische Regierung die Rechte und Privilegien der Imperialbank schütze. Hierzu gehöre das ausschließliche Recht der Banknotenemission, das ihr seit 1889 auf 60 Jahre bewilligt wurde. — Die englische Regierung hat, wie oben mitgeteilt ist, im Parlament sich ausweichend über die persische Bankfrage geäußert.

Marokko.

* **Tagesschau.** Der französische Kreuzer „Galilée" ist in Tanger eingetroffen. — Die Eingeborenen von Casablanca sollen einen jüdischen Kaufmann, einen portugiesischen Schutzbefohlenen, getötet haben.

Südafrika.

* **Das südafrikanische Deutschtum** ist durch das neue Schulgesetz für das englische Südafrika in eine peinliche Bedrängnis geraten. In dem „Südafrikanischen Gemeindeblatte" wird die Lage folgendermaßen geschildert: „Eine Einigung über die Stellungnahme zum neuen Schulgesetz ist noch nicht erfolgt. Halten die einen die Gründung unabhängiger Schulen für die einzige Möglichkeit, so sehen andere die Lage nicht so ernst an. Sie wollen die Wirkung des Gesetzes abwarten. Einig ist man in der Anerkennung der äußeren Schwierigkeiten, die der Gründung freier Schulen entgegenstehen, doch räumt man fast allgemein auch ein, daß es im Interesse unseres Volkstums wünschenswert sei, sich von dem Wohlwollen der Kapregierung unabhängig zu machen. Eine gründliche Beherrschung der Muttersprache, eine gründliche Kenntnis deutschen Wesens wie deutscher Geschichte kann sicherlich nicht in weniger Ueberstunden erreicht werden. Selbst wo der Lehrer noch deutsch ist, ist es infolge der kurzen Unterrichtszeit ein unerreichbares Ziel. — Je ferner aber die Kinder der deutschen Heimat stehen, je weniger das Elternhaus sie mit ihr vertraut machen kann, weil auch die Eltern bereits vielfach die Heimat nur vom Hörensagen kennen; um so größer werden die Schwierigkeiten, unter welchen müßte die Schule leiden. Wenn daher heute die Gründung deutscher Schulen nur als wünschenswert erscheint, wird sie nicht in absehbarer Zeit eine bittere Notwendigkeit sein?"

Amerika.

* **Roosevelts Kandidatur.** Aus Washington wird gemeldet, daß Roosevelts Sekretär Loeb Anfang 1908 oder vorher Präsident der Washingtoner Straßenbahncompany wird, woraus geschlossen wird, daß Roosevelt es tatsächlich ablehne, sich abermals als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen.